

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Letzter 20 Pfg.
Verkauf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 130.

Donnerstag, den 6. Juni 1918.

75. Jahrgang.

Vertagung?

In Paris beginnt man wieder aufzuatmen. Der Ansturm der Deutschen geht nicht mehr in dem gleichen ungestümen Tempo vorwärts wie in den ersten vier, fünf Tagen; die Marne ist zwar auf mehr als zwanzig Kilometer Breite von ihnen erreicht, aber noch nicht überschritten, und Reims wird trotz eifriger Umklammerung von seiner Regenerbelagerung noch immer gehalten.

Das Schlimmste ist vielleicht überwunden, seitdem noch die verfügbaren Reserven herangeschafft hat, und ist auch viel Gelände mit ungeheurer Kriegsmaterial verlorengegangen, haben sich auch zahlreiche Divisionen verblutet und ist die eigene militärische Handlungsfreiheit der Westmächte für absehbare Zeit vollständig vernichtet worden, die gemeinsame Front ist wenigstens aufrechterhalten worden und man kann nun wieder mit größerer Ruhe überlegen, was geschehen muß. Herr Clemenceau hat dem Generalsstab der Kammer über die Lage berichtet und besteht darauf, daß die öffentliche Aussprache über die letzten Ereignisse vertagt wird. Nach seiner Versicherung ist ein umfassender Vortrags des Heeres auf Paris dank den getroffenen Vorkehrungen der Generalsleitung ausgeschlossen; mehr lasse sich zurzeit vor der Kammer nicht sagen, und sie schulde es dem Ansehen der Republik namentlich in den neutralen Staaten, unter diesen Umständen zu schweigen. Die Volksvertretung wird ihm natürlich den Gefallen tun und höchstens eine Geheiminspektion veranstalten, um wenigstens unter vier Augen ihr Herz etwas zu erleichtern. Dann hat die Regierung wieder einige Tage oder Wochen Zeit gewonnen, und die Hoffnungen des Landes können sich neu beleben.

Aber ob diese Rechnung nicht doch ohne den Witz gemacht ist? Schon hat das unheimliche deutsche Ferngeschütz wieder seine Stimme erhoben und sendet der französischen Hauptstadt seine ebernen Grüße. Und daß die Absichten der deutschen Heeresleitung nur schwer oder gar nicht zu erraten sind, das haben die Franzosen zu ihrem größten Leidwesen eben erst wieder schmerzhaft genug erfahren. Darauf allerdings können sie sich verlassen, daß Hindenburg seinen Truppen keine unnützen Opfer zumutet. Aber auf der anderen Seite ist er wieder so beständig in der Auffassung schwächer Punkte der gegnerischen Stellung, daß über Fortgang oder Stillstand der Operationen sich noch gar nichts Sicheres sagen läßt. Die Franzosen sind eben nicht mehr die Herren im eigenen Hause. Engländer und Amerikaner haben sie sich zu Hilfe geladen, und die Deutschen haben sich eingehend, ohne gerufen zu sein. Jetzt entscheidet Hindenburg darüber, ob an Oise und Marne Ruhe eintritt soll. Und sollte die Sicherheit der Hauptstadt im Augenblick wirklich die einzige Sorge der Franzosen sein?

Die Hoffnung auf die Amerikaner.

Clemenceau verweigert Erklärungen über die Lage.
Genf, 5. Juni.

Trotz der wachsenden Gegnerschaft, die Clemenceau in der Kammer findet, hat er noch einmal einen Sieg davongetragen. Bei der Abstimmung über die Festlegung eines Tages zur Erörterung der militärischen Lage, die Clemenceau energisch unter Stellung der Vertrauensfrage verweigert hatte, entschied die Kammer mit 377 gegen 110 Stimmen für die Regierung.

In seiner Rede verwahrte sich der Ministerpräsident dagegen, daß sich die Kammer als Geheimkomitee konstituierte, nahm die militärischen Führer in Schutz und erklärte, am sechsten Tage der Schlacht über die Lage keine Auskunft geben zu können. Dann fuhr er fort: Der Abfall Englands erlaubte den Deutschen 200 Divisionen gegen uns zu werfen. Der Augenblick ist furchtbar, aber der Heldentum der Soldaten ist der Lage gewachsen. Die Deutschen stürzten sich in ein Abenteuer, wir weichen zurück, allerdings, werden aber niemals kapitulieren. Wenn Sie entschlossen sind, bis zum Ende zu gehen, ist der Sieg unser. Die deutsche Taktik verläßt, uns zu schrecken. Es wird ihr nicht gelingen. Die Amerikaner kommen. Die Streitkräfte der Franzosen und Engländer erschöpfen sich, diejenigen der Deutschen übrigens auch. Das Spiel geht mit Hilfe der Amerikaner weiter. Unsere Verbündeten sind entschlossen, den Krieg bis zum Ende zu führen. Wir werden den Sieg erringen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe sind. Mit der ihm eignen Theatralik schloß Clemenceau: Wenn ich meine Pflicht nicht getan habe, so lag es nicht an mir. Wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, so lassen Sie mich das Werk der Toten vollenden.

Der sonst so redigende, in allen Krisen und Schicksalen erfahrene Clemenceau wußte also nichts anderes zum Trost zu sagen, als daß die Amerikaner kommen. Wenn Frankreich es auf diese Hoffnung hin wagen will, wir sind entschlossen den Waffengang, der jetzt begonnen hat, bis zum Ende durchzuführen.

Clemenceau's Hoffnung auf Amerika.

Amsterdam, 6. Juni. (Zit.) Bei der Besprechung von Clemenceau's Erklärungen in der französischen Kammer findet die holländische Presse die Tatsache sehr merkwürdig, daß er vor aller Welt erklärt, daß die englischen und französischen Truppen sich zu erschöpfen begannen und daß die Alliierten, Frankreich und die ganze Welt, auf die Erwartung der Mitwirkung der Amerikaner bauen.

Der Krieg.

Die Kämpfe bei Reims.

Englisch-französische Zerstörungsläne.

In feindlichen und neutralen Blättern stellt man Betrachtungen darüber an, ob die Deutschen den Besitz von Reims erstreben oder nicht. Für uns ist die Frage ohne Bedeutung. Die deutsche Heeresleitung kämpft nicht um Städte und Landgewinn, sondern um die Zermürbung der



feindlichen Reserven. Es genügt uns, zu wissen, daß nach feindlichen Berichten Reims in einem Halbkreis umklammert ist, der nirgends mehr als eine Meile von der Stadt entfernt ist. Nach einem Reutersbericht würden die Verbündeten, sollten sie Reims ausgeben müssen, den Deutschen von der Stadt nur die Kathedrale übrig lassen. Die französischen Truppen, die am 27. Mai den Saum von Reims besetzt hielten, zogen sich in der darauffolgenden Woche langsam in die äußersten Vorstädte zurück, weil sie gezwungen waren, der Rückwärtsbewegung der französischen Front zu folgen. Die Truppen, die auf der linken Seite von Reims kämpften, mußten ununterbrochen acht Tage lang kämpfen, ohne abgelöst zu werden; die anderen Truppenteile, welche einen Verteidigungsring um die Stadt gebildet hatten, mußten schließlich auch zurückgehen, weil dann die ganze Verteidigungslinie mehr nach dem Nordwesten verlegt wurde. — Soweit Reuters. Der Darstellung kann kaum etwas hinzugefügt werden.

Berlin, 5. Juni. In einer Woche besetzten die Deutschen während der Schlacht zwischen der Aisne und Marne über 3000 Quadratkilometer feindlichen, teils fruchtbaren Bodens mit zahlreichen Wiesen, Obst- und Weingärten. Über 200 Ortschaften, darunter 15 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern fielen in deutsche Hand. In ihnen ist nur ein Teil der Bevölkerung zurückgeblieben, der Rest, rund 75 000 Seelen, verließ seine Wohnstätten und floh über die Marne. Diese Flüchtlinge fallen der französischen Regierung zur Last, die sie unterbringen und verpflegen muß.

Berlin, 5. Juni. Zeitweise lebhaftere Feuer-tätigkeit in der Gegend des Kemmel und bei Meris. Eigene Unternehmungen brachten östlich Bischoffe, nördlich des Kemmel, westlich Schoore eine größere Anzahl Gefangenener ein. Vom Nieppe-Walde bis Lens hielt zeitweise lebhafter Feuerkampf an. Nobeca, sowie die Schächte 1 und 3 von Roer wurden in Brand geschossen. Südlich des La Bassée-Kanals und südlich Lens holte sich der Feind blutige Schlappen bei Teilvorstößen, die er nach starker Artillerievorbereitung unternahm. Gefangene blieben in deutscher Hand. Auch in Gegend Albert, Duquoy, Hebuterne und Beaumont wurden feindliche Patrouillen unter Verlusten abgewiesen.

Deutsche „Nachtserfolge“.

Rotterdam, 5. Juni. Reuters veröffentlicht eine Fundgebung des Obersten Entente-Kriegsrates, in dem es heißt: Die Vorteile, die die Deutschen in strategischer Hinsicht und auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens besitzen, befähigten sie, einige Nachtserfolge zu erzielen. Zweifellos werden sie ihre Angriffe wiederholen, und die Alliierten werden noch freilich Lage erleben. Der oberste Kriegsrat hat jedoch volles Vertrauen zu sich.

Vom Stellungskrieg zum Bewegungskrieg.

Oslo, 5. Juni. Die „Morning Post“ erklärt, daß die große Schlacht im Westen in eine neue Phase getreten sei: Sie habe sich vom Stellungskrieg zum Bewegungskrieg gewandelt.

Daß als Sündenbock.

Wien, 5. Juni. Nach zuverlässigen Londoner Meldungen scheint General Dainis Rücktritt bevorzustehen. Die englischen Blätter schreiben im übrigen die Niederlage an der Aisne mehr und mehr den Franzosen zu.

Kardänderung des deutschen Angriffs.

Berlin, 5. Juni. Wie die Kriegsberichterstatter hiesiger Blätter melden, hat der deutsche Angriff im Westen, der sich bis jetzt in südlicher Richtung bis zur Marne bewegte, seit den letzten Tagen einen westlichen Kurs angenommen.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Ein englischer Hilfskreuzer versenkt.

Berlin, 5. Juni. Ähnlich wird gemeldet: Das von dem bewährten U-Boot-Kommandanten Oberleutnant J. S. Vohr befehligte Boot hat im Kanal neuerdings 5 Dampfer und 3 französische Fischerfahrzeuge mit über 28 000 Brl. Reg.-To. versenkt. Unter den versenkten Dampfern befanden sich der englische Hilfskreuzer „Moldavia“ (9500 Brl. Reg.-To.) sowie ein bewaffneter Dampfer von etwa 6000 Brl. Reg.-To. Größe, die beide aus stark gesichertem Geleitzuge herangeführt wurden.

Namentlich festgestellt wurden ferner noch der bewaffnete englische Tiefbeladene Dampfer „War Panther“ (5875 Brl. Reg.-To.) und die französischen Fischkutter „Bett Georges“, „Souvenir de St. Marie“ und „Joseph Simon“.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

England leidet „mäßigen“ Hunger.

Nach dem „Observer“ erklärte der englische Nahrungsminister Lord Rhondda in einer Unterredung: Bisher ist die deutsche Nahrungsblockade unwirksam gemacht worden, mit Hilfe der Vereinigten Staaten. Aber Amerika muß nicht denken, daß die Nahrungsmittelangelegenheit des Verbandes nicht wirklich gefährdet sei. Sie ist sehr ernst. Wenn Amerika seine Nahrungsmittelversorgung und den Bau von Schiffen nicht beschleunigt, so werden die Verbandsmächte große Schwierigkeiten haben. Der mäßige Hunger, den wir leiden, rührt keineswegs von der knappen Weltweite her. In Australien ist viel Weizen, in Südamerika viel Fleisch vorhanden, aber wir können sie nicht bekommen. — Das ist das wertvollste Eingeländnis der Wirkung des deutschen U-Boot-Krieges.

Französische Matrosen vernichten ihre Schiffe.

Ein durchaus zuverlässiger Quelle erzählt die Adm. Vollständig, daß vor kurzer Zeit zwei große im Hafen von Dünkirchen befindliche Dampfer der Agence Maritime du Nord durch Explosionen im Maschinenraum vernichtet wurden. Eine Anzahl anderer Dampfer wurde auf dieselbe Weise mehr oder minder beschädigt. Die durch den Bräufel von Dünkirchen eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich um systematisch ausgeführte Bombenanschläge handelt, infolge deren verschiedene Matrosen englischer, französischer und spanischer Nationalität festgenommen wurden. Trotz eifrigster Bemühungen der französischen Behörden, die Tat wieder einmal als „deutsche Mache“ hinzustellen, ist bekannt geworden, daß man es mit einem Sabotageakt der eigenen Mannschaft zu tun habe, deren Proteste gegen die ungemein schlechte Verpflegung stets ohne Erfolg geblieben waren. Infolge Verabreichung verdorbener Nahrungsmittel sind nämlich in letzter Zeit viele ernste Erkrankungen unter Vergiftungserscheinungen vorgekommen.

Kleine Kriegespost.

Wien, 5. Juni. Der L. L. Heeresbericht meldet: Außer Artillerietätigkeit keine Kampfhandlung von Belang.

Amsterdam, 5. Juni. Die englische Admiralität meldet, daß ein Zerstörer nach einem Zusammenstoß sank. Alle Mannschaften wurden gerettet.

Stockholm, 5. Juni. Die Zahl der zurzeit wegen Teilnahme an der Revolution in Finnland verhafteten Personen, die von den Gerichten abgeurteilt werden sollen, wird auf 60 000—80 000 geschätzt. Doch ist die Zahl der wirklichen Revolutionäre viel geringer.

Safel, 5. Juni. Der amerikanische Nahrungsmittelkontrollleur Hoover kündigt an, daß als Vorsichtsmaßregel für die Zukunft in ganz Amerika der Verbrauch von Weizenmehl auf ein Drittel des normalen Verbrauchs auf die Dauer der nächsten zwei Monate eingeschränkt werden muß.

Bern, 5. Juni. Nach französischem Eingeländnis liegt der größte Teil des Marneales unter schwerer deutscher Artilleriewirkung. Die Verbreiterung der deutschen Front an der Marne hat eine völlige Sperre des Marneales bewirkt.

Vom Tage.

Der neue Reichskommissar für Rußland und Litauen.

Berlin, 5. Juni. Zum Reichskommissar für Rußland und Litauen ist an Stelle des ausgeschiedenen Ministerialdirektors A. Dr. Grafen v. Kauterling der Verwaltungschef beim Oberreichshaus Ost, Unterstaatssekretär Freiherr v. Haffnerhausen, ernannt worden. Der Reichskommissar untersteht dem Staatssekretär des Innern.

Deutsche Fürstendeluche beim Sultan.

Wien, 5. Juni. In Konstantinopel erwartet man, daß der König von Bayern, falls er die geplante Reise nach Sofia antreten sollte, auch den Sultan besuchen werde. Man spricht ferner von Reiseplänen des Königs von Sachsen, der ebenfalls nach Sofia und Konstantinopel kommen soll.

Der Gefangenenaustausch.

Berlin, 5. Juni. Morgen werden voraussichtlich die bereits seit einiger Zeit angehängten Verhandlungen über die Gefangenentfrage zwischen deutschen und englischen Delegierten unter Leitung der niederländischen Regierung im Haag beginnen. Auf beiden Seiten besteht das Bestreben, auf möglichst breiter Grundlage die schwebenden Fragen einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Hessige Angriffe gegen die österreichische Regierung.
Wien, 5. Juni. Der Bürgermeister von Wien, Dr. Weisskirchner, hielt eine aufsehenerregende Rede, worin er die Regierung heftig angriff und ihre Haltung unsicher und schwankend nannte.

Tschechische Wünsche.
Prag, 5. Juni. Die tschechischen Abgeordneten wollten persönlich vor Kaiser Karl erscheinen, um ihm ihre Wünsche und Beschwerden vorzutragen.

Deutsche Waren in Kiew.
Wien, 5. Juni. In Kiew sind jetzt die ersten deutschen Warentransporte eingetroffen. Es handelt sich um landwirtschaftliche Geräte, chemische Erzeugnisse und Seide.

Getreide aus Voharabien.
Wien, 5. Juni. Wie die Blätter melden, wird Voharabien zum Herbst dieses Jahres anderthalb Millionen Pud Getreide liefern können.

Petersburg hungert.
Wien, 5. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Lenin an alle Sowjets ein Telegramm gerichtet, in dem er erklärt, daß Petersburg Hungers sterbe. Die Gegenrevolutionäre hätten davon bereits Vorteile gezogen. Man müsse alles aufdienen, um die alte Hauptstadt zu retten.

Präsidentenwahl.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.
Berlin, 5. Juni.

Der Reichstag steht vor einer „Neuorientierung“ seiner inneren Verfassung, oder man kann auch sagen: vor der Frage einer „Umgruppierung“ seines präsidentiellen Vertretungskörpers. Bisher glaubte man, daß Erzelsens Kampf einfach durch einen Führer der größten Partei, in diesem Falle also des Zentrums, erledigt werden und daß im übrigen alles beim alten bleiben werde. Aber die Fraktionen lieben jetzt keine einfachen Lösungen; sie erwärmen sich im großen und im kleinen für gründlichste Behandlung der Dinge, und bei dieser Methode nehmen bald auch die schlichtesten Fragen ein mehr oder weniger verwickeltes Aussehen an.

So steht auch die Neuwahl eines Präsidenten. Den Anspruch des Zentrums, den Nachfolger für Dr. Kaempf zu stellen, kann natürlich niemand bestreiten. Aber da die Parteiverhältnisse des hohen Hauses sich seit dem Jahre 1912 erheblich verschoben haben, ist der Wunsch aufgetaucht, ihnen bei der unerwartet eingetretenen Gelegenheit doch auch äußerlich Rechnung zu tragen. Damals wurde ein Präsidium aus zwei Fortschrittlichen und einem National-Liberalen gebildet, weil zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie noch die bekannten Meinungsverschiedenheiten über den Umfang der Repräsentationspflichten des Hauses dem Hofe gegenüber bestanden. Es war ein Notbehelf, der nur infolge des Krieges bis zum heutigen Tage fortbauerte. Mittlerweile haben die Sozialdemokraten sich mit dem Zentrum und den beiden liberalen Parteien zu einer Arbeitsmehrheit zusammengefunden. Sie betonen zwar bei jeder Gelegenheit, daß sie sich dadurch in keiner Weise gebunden fühlen, aber der Wunsch nach einer Vertretung im Präsidium ist jetzt doch wieder bei ihnen rege geworden, und Abg. Scheidemann dürfte nicht abgeneigt sein, den Präsidentenstuhl abermals zu bestiegen, den er schon einmal, für wenige Tage allerdings nur, innegehabt hat. Wie die anderen Mehrheitsparteien sich dazu verhalten werden, ist noch nicht bekannt geworden. Wer keine Lust hat, die alten Streitfragen aufs neue anzurühren, kann sich einfach darauf berufen, daß ja nur der Vorschlag des ersten Präsidenten zu bestehen ist und daß, soweit man hört, weder Herr Baasche noch Herr Dove daran denken, ihre Plätze freizumachen, damit eine Neuwahl des Gesamtpräsidiums erfolgen kann. Aber da kommen andere Leute und sagen, daß sei ja auch gar nicht nötig. Es empfiehlt sich aber, neben dem ersten Präsidenten und seinen beiden Genossen noch einen vierten Mann ins Präsidium hineinzuwählen, da dann dessen Arbeitslast besser bewältigt werden könnte, und so könnte endlich auch eine Vertretung der Sozialdemokratie an der Spitze des Reichstags erzielt werden. Damit wären indessen noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Denn Herr Scheidemann würde als Führer der zweitstärksten Partei des Hauses beanspruchen, auch im Präsidium an zweiter Stelle zu stehen, Herrn Baasche dürfte aber nicht zugemutet werden, seinen Rang an einen

neuen Mann abzutreten. Auch hier weiß man Rat: wo zu überhaupt einen ersten, einen zweiten und einen dritten Vizepräsidenten? Man wählt eben drei Vizepräsidenten mit gleichen Rechten und Pflichten, dann hören alle Rangunterschiede von selbst auf. Der Vorschlag ist schon früher wiederholt gemacht worden, und er hat gewiß mancherlei für sich. Ob er indessen gerade jetzt Ansehen findet, das noch einmal mit ihm eine Änderung in der Gesamtstellung der beiden vorhandenen Vizepräsidenten verbunden sein würde, ist eine offene Frage. Aber der Reichstag wird diese Entscheidung, die er heute oder morgen zu treffen hat, hoffentlich nicht schwerer nehmen, als sie es verdient. Im Grunde handelt es sich doch nur um eine Etikettenfrage, und mit solchen Angelegenheiten sollte man sich gerade im jetzigen Augenblick noch weniger aufhalten als sonst.

Der Ausweg gefunden?

Soeben wird in den Wandelgängen des Reichstages eine neue Lesart laut. Danach sollen die Sozialdemokraten die erste Vizepräsidentenstelle nicht fordern, sondern sich mit einer Beteiligung an dem Präsidium begnügen wollen. Es verlaute nun, daß nimmere die beiden bisherigen Vizepräsidenten ihre Posten behalten und Abgeordneter Scheidemann zum dritten Vizepräsidenten gewählt werden würde, wenn nicht vorgezogen werden sollte, die drei Vizepräsidenten gleichzustellen, so daß von einem „ersten“ bis „dritten“ nicht die Rede sein würde.

Deutscher Reichstag.

(167. Sitzung.) CB. Berlin, 5. Juni.

Unter den Einpögen befindet sich der Friedensvertrag mit Rumänien. Auf der Tagesordnung des ziemlich gut besuchten Hauses steht die

Erhöhung der Bezüge für die Reichstagsmitglieder.

Die Entschädigung soll mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse von 8000 Mark auf 9000 Mark jährlich erhöht werden. Ferner wird den Reichstagsabgeordneten die Freifahrt auf allen deutschen Bahnen für die ganze Legislaturperiode gewährt.

Abg. Dove (Sp.) bringt die Frage einer Aufwandsentschädigung für den Reichstagspräsidenten zur Sprache. Der Präsident soll recht häufig in persönliche Verührung mit Mitgliedern des Hauses und des Bundesrats auch außerhalb seines Amtes kommen und bei Besuchen von Vertretern der Parlamente muß ihm die Möglichkeit gegeben sein, den Reichstag in würdiger Weise zu vertreten. Die bisherigen Präsidenten haben diese Kosten aus eigenen Mitteln bestritten. Das bedingt aber, daß der Reichstagspräsident über Vermögen verfügt. Dieses Erfordernis würde auch eine Einschränkung bei der Auswahl geeigneter Persönlichkeiten bedeuten. Jetzt, da der Posten unbelegt ist, wäre der geeignete Augenblick, diese Sache zu regeln.

Graf Westarp (Kons.): Spricht gegen den Vorschlag. Wir wünschen nicht, daß der ehrenamtliche Charakter des hohen Amtes des Reichstagspräsidenten geschmälert wird und haben auch Bedenken, dem Präsidenten als solchen Repräsentationspflichten zu übertragen.

Staatssekretär Wallraf: Die Reichsregierung hat zu der Anregung noch nicht Stellung nehmen können, wird aber sicher dem Gedanken sympathisch gegenüberstehen.

Die Vorlage zur Erhöhung der Bezüge für die Mitglieder des Hauses wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen. Fortgesetzt wird sodann die Aussprache über

Zensur und Besatzungszustand.

Abg. Gothein (Sp.): Die Verhältnisse sind schlimmer statt besser geworden. Kein politischer Fragen werden der militärischen Zensur unterworfen. Am vorrufftesten verfährt die Zensur des Admiralsstabes, die alles unterdrückt, was Herrn v. Tirpitz nicht gefallen könnte. Graf Reventlow kann schreiben was er will, wer ihm antworten will, wird mundtot gemacht. Der verhängte Besatzungszustand für die östlichen Festungen müßte nach dem Frieden mit Rußland aufgehoben werden. Die Okerlinien der Alldeutschen läßt die Zensur durch, sie erlaubt diesen selbst, den letzten Mannern Landesverrat und der Reichstagsmehrheit Treubruch vorzuwerfen. Beschwerden werden ohne Grund abgewiesen; was hat da das Besatzungsrecht noch für einen Zweck? Am schlimmsten haben die Friedensfreunde zu leiden, man verbietet ihnen sogar private Zusammenkünfte. Aberall macht sich die Bevorgung der Eroberungspolitik breit. Am offensten tut sich die Bevorgung der Vaterlandspartei in Stettin unter dem Regiment des Herrn v. Vietinghoff kund, die ganz offen

politische Versammlungen abhalten darf, während anderen Parteien Versammlungen unmöglich gemacht werden. Der Redner geht ausführlich auf weitere Einzelfälle ein.

General v. Wissberg: Die Vorwürfe sind zum Teil unbegründet, zum Teil übertrieben. In den beiden Monaten Dezember 1917 und Januar 1918 haben in Preußen 8011 Versammlungen stattgefunden und nur 99 sind verboten worden. (Hört, hört! rechts.) Von den abgehaltenen Versammlungen entfielen auf die Vaterlandspartei 848, von den Verböten 14, während die Gemäßigten 2749 Versammlungen abhielten und nur 19 Verbote bekamen. (Hört, hört! rechts.) Diese Zahlen sprechen für sich. Das Fehlen und Ungerechtigkeiten vorkommen, ist ganz klar. Der Redner widerlegt dann die wichtigsten, von den Vorrednern vorgebrachten Einzelfälle.

Oberleutnant von den Bergh erwidert auf verschiedene Eingekommen. Eine Entgegnung auf eine Broschüre des Stahlwerksverbandes soll verboten sein, dem Kriegspresseamt ist hieron nichts bekannt. Nachrichten über das Entweichen von Kriegsgefangenen sind nicht verboten. Die Verleumdung des Katalogs der Friedensgesellschaft ist verboten worden, weil damit politische Propaganda verbunden wurde. (Gelächter bei den Sp.)

Abg. v. Graefe (Kons.): Wir sollten uns jetzt, wo unsere Soldaten im Westen Weltgedichte machen, nicht mit solchen Kleinlichkeiten befassen. In der Zensurfreiheit ist manches besser geworden, und wir teilen den Wunsch, daß die Versammlungen in weitem Maße gestattet werden. Wenn wir größere Freiheit haben wollen, dann kann man das nicht von einer Partei allein verlangen. Ich verstehe die minorenhafte Empfindlichkeit des Abg. Gothein nicht, der hier eine ganze Represskolliste von Anklagen über die bösen Alldeutschen vorgebracht hat. Das Berliner Tageblatt schreibt von irrigen und verleumderischen Behauptungen der Alldeutschen. Die Art, wie Sie von der Zensur heute die Freiheit gekennzeichnet haben, werden wir dazu benutzen, um dem Volke zu zeigen, was Sie unter demokratischer Freiheit verstehen.

Vizepräsident Dr. Baasche schlägt nunmehr Verlesung vor, da beide Vizepräsidenten zu einer Verlesung mit dem Reichskanzler eingeladen worden seien. Der Verlesungsantrag wird angenommen.

Weiterberatung morgen. (Präsidentenwahl.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(151. Sitzung.) 11. Berlin, 5. Juni.

Die Beratung des Geschäftsplans wird fortgesetzt. Abg. Dr. Wendlandt (natl.): Die Kritik des Abg. Gothein an der Geschäftsverwaltung ist unberechtigt. Alles, was von ihrer Seite geäußert wurde, ist die preussische Verfassung zu belegen, ist geblieben. Abg. v. Bonin-Neustettin (Kons.) bringt Wünsche und Beschwerden der ostpreussischen Richter vor. Die Remonstrationen müssen erledigt werden. Abg. v. Dörren (frk.): Die Aufstellung der Kaltblutbengste sollte der Staat den Privatanten überlassen. Dadurch ließe sich eine bessere Verteilung über das ganze Land erreichen und der Staat würde auch die Kosten für die Errichtung von Ställen um sparen. Der Etat wird genehmigt, der Ausgabeantrag auf Förderung der Verdrachtung wird angenommen.

Es folgt die bereits früher begonnene Beratung eines Antrages v. Kessel (Kons.) auf Erleichterung und Vereinfachung des Aktenverkehrs im Lande durch wahlweise Vergabe von Seeresmaterial unter Ausschaltung des Zwischenhandels und Ausbau des Bahnnetzes in abseits liegenden Gegenden. Abg. v. Kessel (Kons.) begründet den Antrag unter Hinweis auf unter kriegswirtschaftlichen Unvorhersehungen und die Verdenot. Wenn es zu der geplanten Automonopolzentrale unter Mitwirkung des Reichs käme, würden die Banken wieder die Sackbe abschöpfen. Industrie und Landwirtschaft geschädigt sein. Abg. Cse-Eichmannsdorf (frk.) tritt für den Antrag ein. Der Bismarck, Kartoffel- und Zuckerrücktransport u. v. a. m. muß erleichtert und das heute dafür verwendete Personal zur Arbeit freigesetzt werden. Der Antrag wird angenommen.

Der Kulturbet.

Ein Antrag des Abg. D. Traub-Dorrmund wünscht Einstellung von 60 000 Mark in den Etat zur Förderung geschichtlicher Forschungen über die Zeit der Reformation und Gegenreformation und Abhebung von 80 000 Mark bei den Erweiterungs- und Neubauten für die Museen in Berlin, der Ausbau will nur 20 000 Mark abheben und sie bei den Unterhaltungen für Kunst und wissenschaftliche Zwecke zulegen.

In der allgemeinen Besprechung lehnen es zunächst die vorgemerkten Redner, soweit sie anwesend sind, ab, vor leeren Banken zu sprechen. Abg. Ad. Hoffmann (L. Sos.) empfiehlt Verlesung.

Abg. Hänsch (Sos.) nimmt das Wort, um die ganze Generalausprache nicht unter den Tisch fallen zu lassen und spricht für das Recht der Disziplinierung. Der Redner verlangt eine grundsätzliche Reform des Schulwesens und äußerte sich günstig über den Kriegssozialismus. Abg. Graue (Sp.)

Das hübsche Mädchen.

Roman von Paul Bliz.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Während lief er nach der Disponentin. Zum Unglück war sie noch gar nicht da. Ein neuer Sturm brach los. Wer ihm auch nur in den Weg lief, bekam einen derben Knüttel.

Das ganze Geschäft war in Aufruhr. Grollend ging er in seinem Privatkontor hin und her: immer größer wurde seine Erregung.

Ob, diese Disponentin! Sie war an all der heillosen Unordnung vor allem schuld! Sie trug die Verantwortung für diesen verdamnten Schandrian.

Und plötzlich sah er ein, daß er niemand im Geschäft hatte, auf den er sich wirklich verlassen konnte.

Nachdenklich stand er da und blinnte sinnend vor sich hin.

Ein Klopfen störte ihn.

Ähnlich sah er auf.

Jetzt war die Disponentin da.

Sie haben mich zu sprechen gewünscht, Herr Witt?

Grimmig fuhr er los:

Es ist gleich neun Uhr. Wo kommen Sie jetzt her?

Ruhig antwortete sie:

Ich hatte einige notwendige Besorgungen zu machen.

Geschäftliche?

Nein, private.

Sum Donnerwetter, machen Sie Ihre privaten Besorgungen nach Geschäftsschluss! Um acht Uhr wird der Laden aufgemacht! Dann haben Sie hier zu sein. Ja wohl! Sie sollen den Jüngeren mit gutem Beispiel voran gehen, verstanden! — Und wenn Ihnen das nicht paßt, dann brauchen Sie es ja nur zu sagen!

Schweigend, purpurrot, mit kaum verhaltenen Tränen, stand sie da und starrte ihn an — noch nie hatte sie ihn so gesehen.

Und er, einmal im Bunde, er wetterte weiter los, endlich froh, daß er jemand hatte, auf den er nun seines dämlichen Groll entladen konnte.

Und überhaupt die ganze Wirtschaft da vorn paßt mir nicht mehr! Nichts ist so gemacht, wie ich es gewünscht habe! Unordnung und Schandrian allenthalben! Jeder trotzt seinen Gang! Jeder macht, was er will! — Solche Wutheile dulde ich bei mir nicht, verstanden! — Ich habe Ihnen die Oberleitung anvertraut, also sind Sie mir dafür verantwortlich! Aber sollte Ihnen das zu viel sein oder fühlen Sie sich der Sache nicht gewachsen, dann sagen Sie es lieber gleich, dann machen wir Schluss!

Schweigen, dumpfes Schweigen.

Endlich begann das Fräulein im Ton der gekränkten Unschuld:

Herr Witt, ich bin einigermaßen erstaunt über die Tonart, in der sie plötzlich mit mir reden.

Aber da kam sie heute gerade gut an.

Ich rede so, wie ich es für richtig halte, fuhr er los — und wenn Sie hier etwa gar noch die gekränkte Dame spielen wollen, dann sind wir gleich fertig!

Nun wurde auch sie etwas trabsüchtig.

Nach alledem scheint mir, Sie suchen einen Grund, mich zu kränken.

Teufel auch! Ihre werke Person ist mir durchaus wert! Ich wünsche, daß Sie Ihre Pflicht erfüllen, denn dafür bezahle ich Sie!

Bisher waren Sie doch zufrieden mit mir!

Aber jetzt bin ich es ganz und gar nicht mehr!

Nun, dann kann ich ja gehen!

Wenn Sie einsehen, daß Sie dem Posten doch nicht gewachsen sind, wird es wohl das Beste sein.

Da lächelte sie spöttelnd:

Nicht gewachsen? Nun, das kommt auf die Anschauung an.

Sie gilt meine Anschauung! Verstanden?

Trotzig warf sie den Kopf zurück und rief:

Also dann kann ich die Kündigung wohl als angenommen betrachten, nicht wahr?

Ja, das können Sie. Und zwar wünsche ich, daß Sie jetzt sofort austreten. Das fällige Gehalt wird Ihnen geschickt werden. Adieu.

Mit zusammengebißnen Zähnen rauschte sie stolz hinaus.

Und er ließ sich in den Sessel fallen, rüttelte den Kopf und sah vor sich hin.

Jetzt war ihm leichter. Mit einemmal war ihm besser. Seine Regenjammerstimmung war weg.

Gemächlich zündete er sich eine Zigarre an.

Ganz zufrieden sah er den blauen Rauchringen nach.

Immer bedaglicher wurde ihm.

Das Unwetter hatte ausgetobt, nun lachte wieder heller Sonnenschein.

Schmunzelnd stieg er vom Privatkontor aus die Wendeltreppe hinauf in seine Wohnung.

Als Frau Ramm ihn kommen sah, nahm sie schnell teilhaft.

Nachdem rief er:

Sie haben wohl einen Räber, Rämmchen, was?

Mit Ihnen ist doch heute nicht gut Kirschen essen?

meinte sie und wollte weg.

Aber Olken, Sie sind wohl doll? Ich bin doch in bester Laune, wie Sie sehen?

Scherzte er.

Da stand sie still und sah ihn erstaunt an.

Wahrhaftig, jetzt war er wieder wie ehemals. Wie umgewandelt war er jetzt.

Das begriff sie nun wirklich nicht mehr.

Lächelnd blinnte er sie an und sagte:

Na, Rämmchen, nun machen Sie mal recht was Gutes zum Mittag, dann bin ich wieder ganz zahm.

Sie aber ging auf seinen Scherz nicht ein.

Oh, nein! Man hatte doch auch sein hübschen Thergesühl! Und er hatte sie zu tief gekränkt.

Stumm ging sie hinaus in die Küche.

Und er, jetzt fast in übermütiger Laune, er rief ihr nach:

Also, jetzt spielt man die gekränkte Leberwurst!

Dann nahm er Out und Stock und ging, seine Brunnentur zu machen.

Fröhlich, leicht, wie um zehn Jahre jünger, schritt er dahin. Wer ihn begegnete, der bekam einen heiteren Gruß und ein paar lustige Worte.

Wie ausgewechselt war er. Alles um ihn her erschien ihm in Sonne getaucht.

Als er brauen in den Anlagen war, als er in den bunten Blumenkor sah, als er die Vögel so lebendig zwitschern und trillern hörte, da jubelte ihm das Herz.

stammt die Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Schule an und wandte sich gegen die konfessionellen Schulen. Abg. Dörmann (Kons.) polemisierte gegen den Abg. Dörmann wegen dessen Begeisterung für den Kriegssozialismus und verlangte, daß an den bestehenden Verhältnissen in Bezug auf die konfessionellen Schulen nicht gerüttelt werde.

Nunmehr wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Das preussische Herrenhaus bleibt heute ebenfalls eine Sitzung ab, in der Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg der verstorbenen Mitglieder gedachte und dann dem verstorbenen Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf einen tiefempfundenen Nachruf widmete. Der Präsident setzte dann das Haus davon in Kenntnis, daß der Vizepräsident v. Becker infolge hohen Alters sein Amt als zweiter Vizepräsident des Hauses niedergelegt habe. Das Haus erledigte sodann eine Reihe kleinerer Vorlagen, u. a. die Beihilfen für die Gemeinden, die Verlängerung der Beglückungsverlode des Abgeordnetenhauses und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Steuervorlagen nunmehr in absehbarer Zeit glatt erledigt werden dürften. Der Vizepräsident des Reichstages, so meint man, habe kaum mehr Aussicht auf Annahme, nachdem die einzelstaatlichen Finanzminister auch jetzt noch auf ihrem entschiedenen Widerstand beharren. Vermutlich wird die Lösung in der Weise erfolgen, daß man neben der Vermögenszuwachssteuer, die ja zunächst nur für Gesellschaften eingeführt und erst im Herbst auch auf physische Personen ausgedehnt werden soll, eine allgemeine Einkommenszuwachssteuer in das Steuerbuckett einfügen wird.

• Die vierte Lesung der preussischen Wahlrechtsvorlage soll, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, am Dienstag den 11. Juni stattfinden. Die Aussichten auf eine Verständigung über das Wahlrecht sind nach wie vor sehr gering. Zwischen den Rechtsparteien, einschließlich des rechten Flügels der Nationalliberalen, sind zurzeit gewisse Bepreisungen im Gange, um formal die Lücke, die durch den Ausfall des § 8 in der Vorlage über den Charakter des Wahlrechts entstanden ist, auszufüllen. Die von dem freikonservativen Abgeordneten v. Kardorff geäußerte Ansicht, daß sich gegebenenfalls im Herrenhaus eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht finden könnte, dürfte, soweit sich die Stimmung in der ersten Kammer jetzt schon übersehen läßt, mehr als zureichend sein. Selbst wenn das Herrenhaus alle seine Wünsche hinsichtlich seiner eigenen künftigen Gestalt erfüllt sähe, würde es vermutlich kaum in seiner Mehrheit den Boden des gleichen Wahlrechts betreten.

• Der Hauptanstoß des Reichstages setzte am Mittwoch die durch die Bingspauke unterbrochene Beratung der Steuervorlagen bei den Einkommensteuern fort und wandte sich zunächst dem Reichskampfgesetz zu. Der Reichstagsrat, der sozialistische Abg. Reil, empfahl die Annahme der Vorlage, die Einzelfragen soll ein Untersuchungsausschuß regeln. Die Steuer auf Einkommen, Aktienumlauf, Dividenden möchte der Reichstagsrat wesentlich erhöht sehen, wogegen der freikonservative Abg. Dove lebhaftes Bedenken erhebt. Die Meinungen der anderen Redner sind geteilt. Der Untersuchungsausschuß des Hauptanstoßes, dem Einzelfragen über die Umsatzsteuer zur Regelung überwiesen worden sind, hat eine Reihe von Abstimmungen vorgenommen. So hat er einen fortschrittlichen Antrag angenommen zum Schutze der Warenhändler gegen eine Überbesteuerung. Die Errichtung eines Reichsfinanzgerichts hofes wurde gutgeheißen und als Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes der 1. August 1918 festgelegt. Das Gesetz soll zunächst bis 31. Dezember 1920 dauern.

• Der Vorstand der deutschen Landes-Kriegerversände beschloß auf seiner Tagung, an Reichskanzler, Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zur Regelung der Fürsorge der Kriegsbefähigten und Veteranen des jetzigen und der früheren Kriege zu richten. Gefordert werden ausreichende Versorgung, der Rechtsweg zur Durchsetzung der Ansprüche und genügende Sicherung der Hinterbliebenen.

Rußland.

• Die inneren Kämpfe in Sibirien gehen weiter. Die Artillerie des gegen die Moskauer Regierung kämpfenden Generals Semenov wurde durch die Vernichtung einer

im Felde, und er freute sich, daß er dies schöne Leben genießen dürfte.

Plötzlich stand er an derselben Bank, an der er vor einigen Tagen das schöne Mädchen getroffen hatte.

Nachdenklich stand er still.

Dann setzte er sich auf die Bank.

Ob sie heute wohl wieder kam?

Eigentlich wäre es doch ganz nett. Er hätte gern ein

Wortchen mit ihr geplaudert.

Unwillkürlich zog er ein Taschentuch aus der Tasche und

musterte seine Toilette.

Und während er nun sah und wartete, und seine Gedanken ungedrungen immer wieder zu dem schönen Mädchen

ilgerten, welchen Eindruck es wohl im Städtchen machen

würde, wenn er das Fräulein wirklich für sein Geschäft

engagierte.

Da mußte er denn doch ein wenig lächeln.

Gut! Würde das einen Sturm entfesseln — wenigstens

quer! Alle Klatschbuben der Umgegend würden für

Wochen mit Gossipstücken versehen sein! O! O!

Und all die lieben Mütter mit ihren betrübten

Töchtern, die auf ihn so fest spekulierten — Krampfanfälle

würde das ja geben.

Fast hätte er laut gelacht bei dem Gedanken an all

diese Wünsche, die ihm mehr als gleichgültig waren.

Sicher, ein Sturm der Entrüstung würde unter sämtlichen

Wahlleuten losbrechen!

Aber das wäre ihm ganz gleichgültig, ja.

Im Gegenteil! Gerade um diese inhumanen Klatsch-

buben mal gehörig zu ärgern, schon deshalb würde er es

gern tun!

Weiter und weiter trugen ihn diese Gedanken.

Aber plötzlich fiel ihm ein, daß er ja doch seiner Kunst

bedürfte. Und er freute sich, daß er dies schöne Leben genießen dürfte.

Belgien.

• Die Ernennung Cooremans zum belgischen Ministerpräsidenten anstelle Broqueville ist von besonderer Bedeutung. Cooreman ist nämlich ausgesprochener Flame und sein Kabinett bedeutet eine vollkommene Umwälzung der flamen-Politik der belgischen Regierung. Innerenpolitik und Wirtschaftspolitik nach dem Kriege ist damit von Belgien ausgehen. Belgien ist der erste Entente-Staat, der mit den wirtschaftlichen Nachplänen der Entente offen vor aller Welt bricht.

Russ Ja- und Ausland.

Berlin, 5. Juni. Das Reichswirtschaftsamt berätet einen Entwurf für ein neues Ermächtigungsgesetz über die Übergangswirtschaft vor. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes werden die dringlichsten organisatorischen Maßnahmen durch Verordnungen des Bundesrats getroffen.

Berlin, 5. Juni. Eine transkaukasische Abordnung unter Führung des kaiserlich-deutschen Militärbevollmächtigten Generals von Lossow ist in Berlin eingetroffen.

Berlin, 5. Juni. Herib Bei, bisher Generalkonsul in Hamburg, ist an Stelle Lufti Bels zum türkischen Generalkonsul in Berlin ernannt worden. Sinaei Bei wurde zum Generalkonsul in Hamburg ernannt.

Berlin, 5. Juni. Die Germania erklärt die Nachricht, daß der Abg. Erberger bei Wiederauftritt des Reichstages auf eigene Faust eine neue Friedensaktion zu unternehmen gedenke, für frei erfunden.

München, 5. Juni. Staatsminister v. Dandl ist aus Wien zurückgekehrt. Kaiser Karl hat dem Minister das Großkreuz des Leopoldordens verliehen.

Sankt Petersburg, 5. Juni. Die Senatswahlen in Rumänien haben mit einem Siege der Regierungspartei geendet. Heute beginnen die Kammerwahlen.

Kopenhagen, 5. Juni. Nach zweitägiger Abredebatte nahm der Folketing mit 70 Stimmen der Radikalen und Sozialisten gegen 62 Stimmen der Linken und Konservativen ein Vertrauensvotum für das Ministerium an.

Stockholm, 5. Juni. Der Friedensvertrag Finnlands mit Deutschland ist vom finnischen Landtag in dritter Lesung genehmigt worden.

Amsterdam, 5. Juni. Wie Reuters aus Teheran erfährt, ist das persische Kabinett am 31. Mai zurückgetreten.

Kiew, 5. Juni. Nach einer Verordnung der ukrainischen Regierung setzt die Flagge der ukrainischen Handelsflotte die beiden Farben blau und gelb.

Kiew, 5. Juni. Wie das ukrainische Pressebureau erfährt, wird der Deputat Skorodakowski demnächst zum Besuch der Monarchen und Regierungen der verbündeten Mächte nach Berlin und Wien reisen.

Berlin, 5. Juni. Die spanische Grenze ist auf unbestimmte Zeit geschlossen worden.

Sankt Petersburg, 5. Juni. Der Präsident der Republik Panama ist plötzlich gestorben.

Washington, 5. Juni. Der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag, der im Jahre 1908 abgeschlossen worden war, ist für weitere fünf Jahre erneuert.

Unser diesjähriger Saatensland.

Von maßgebender Seite wird uns geschrieben:

Vor Beginn der diesjährigen Feldbestellung wurden in der Presse Befürchtungen über wesentliche Unannehmlichkeiten laut. Diese Befürchtung war jedoch unbegründet. Die und da mag eine Einschränkung des Getreideanbaues hauptsächlich zugunsten der Kartoffel vorgenommen worden sein. Aber abgesehen davon, daß es sich um Einzelfälle handelt, sind derartige Verschiebungen in jedem Erntejahre festzustellen. Sie haben daher keinen nennenswerten Einfluß auf das Erntergebnis.

Allerdings wurde seit Beginn dieses Jahres auch in einem Teil der Tagespresse die Ansicht vertreten, die Kartoffel sei die Hauptstütze der Ernährung Deutschlands. Dieser Streit ist jedoch bisher akademisch geblieben. In der Tat wäre eine Umkehr von dem Getreideanbau als Hauptlebensmittelanbau in dieser Zeit außerordentlich

schwierig. Wenn er nun schon engagiert, dann sollte es für alle eine Überraschung werden.

Der Rechtsanwalt schwärmte natürlich wieder in allen Tonarten von dem schönen Mädchen — wie vornehm ihre Erscheinung sei und welche ernste Bildung sie genossen habe — jammerschade, daß ihr Papa sie in so trüben Verhältnissen hinterlassen habe, sie sei gar nicht dazu erzogen worden, sich ihr Brot unter fremden Leuten zu erwerben, sie müsse eine prächtige Hausfrau geben, eine Stütze für jede gute Familie.

Und während der Anwalt redete und redete, ging Herr Waldemar Witt still seinen Gedanken nach — weiter und weiter baute er seine Idee aus, und endlich, als sein Plan fertig war, reichte er dem redseligen Anwalt die Hand und empfahl sich schnell. So rasch geschah das, daß der andere gar kein Wort der Verwunderung sagen konnte.

Flott und leichtfüßig schritt Herr Waldemar Witt dahin, und als er an das verdutete Gesicht des anderen dachte, mußte er lächeln.

Was erst würde der sagen, wenn er es ahnte, wohin man jetzt so eilig pilgert! O, hal! Man hatte nämlich kurzen Prozeß mit seinen Gedanken gemacht, jawohl — man pilgerte jetzt direkt auf sein Ziel los! Ja, ja, Herr Anwalt!

Bereits zehn Minuten später klopfte der wohlhabendste Kaufmann des Ortes bei der armen Witwe Bürger an.

Das Wamachen war allein dabei.

Und der Besuch des reichen Mannes brachte sie fast ganz aus der Fassung.

Aber Herr Waldemar Witt kam ihr mit solcher gewinnenden Lebenswürdigkeit entgegen, daß jede Börmlichkeit und Befangenheit schwand.

Frank und frei, wie sich das für einen soliden und klugen Kaufmann geziemte, ging er gleich auf sein Ziel los, obgleich es ihm in diesem Fall doch ein wenig ängstlich ums Herz war.

„Schade, daß Ihr Fräulein Tochter nicht hier ist, denn ibretwegen bin ich eigentlich hergekommen“, sagte er.

(Fortsetzung folgt.)

gefährlich. Die Brotversorgung ist die vornehmste Versorgung Deutschlands mit Nahrung. Man muß nach den Erfahrungen dieses Krieges erwarten, daß die Getreidefläche von Jahr zu Jahr ausgedehnt wird. Wenn wir wollen uns ja möglichst unabhängig von den Getreidelieferungen des Auslandes machen. Schon während des Krieges ist dieses Bestreben wirksam geworden, wenn auch bei dem Mangel an Düngemitteln und Arbeitskräften die Flächenvermehrung nicht sonderlich viel besagen will. In fast allen kriegsführenden Ländern hat man mit Eifer und mehr oder weniger Erfolg die Erweiterung der Getreideanbaufläche angestrebt. Dennoch sind die Ernterückstände im allgemeinen hinter den Friedensergebnissen zurückgeblieben. Es ist eben unmöglich, den Ausfall an Arbeitern und Düngung durch Bodenmangel zu ersetzen. Höchste Ausnutzung der Bebauungsfläche ist das erste Gesetz der Landwirtschaft.

Wer in dieser Zeit durch Deutschland reist, freut sich über den prachtvollen Stand der Getreidefelder. Er ist erstaunt, daß noch im vierten Kriegsjahre Fleiß und Ordnung so hervorragend am Werke sein konnten. Überall stehen die Saaten schon hoch. Aus allen Teilen Deutschlands kommen günstige Nachrichten. In Südwestdeutschland, besonders in der Pfalz und in der badischen Rheinebene, erwartet man eine frühe Getreideernte. Der Wuchs des Roggens und des Weizens ist dort weit fortgeschritten und man hofft, mit dem Schnitt schon vor dem vorjährigen Termin beginnen zu können. Zeitweise befürchtete man Dauerhitze, aber es ist bald ein Witterungswechsel eingetreten, der reichlich Niederschläge brachte. In Schlesien hielt die Bitterung die erwünschte Mitte zwischen Hitze und Regen. Besonders in Oberschlesien ist die Aehrenbildung schon recht weit gediehen. Sowohl von Südwestdeutschland wie von Schlesien kommen gute Meldungen über die Aderqualität. Auch in Ostpreußen und Mitteldeutschland war die Saatenstandsentwicklung bisher befriedigend. Wenn keine schweren Witterungsstörungen eintreten, kann wohl mit einer verhältnismäßig günstigen Getreideernte gerechnet werden. Verhältnismäßig im Hinblick auf den Krieg. Denn was im Frieden das Zeugnis „mittelmäßig“ verdient, ist im Kriege gut oder sehr gut. Da die Hoffnungen auf umfangreiche und schnell einlaufende Getreidezufuhren aus der Ukraine sich nicht erfüllt haben, ist diesmal eine befriedigende Ernte ganz besonders erwünscht.

Inzwischen werden die Märkte mit Gemüse und teilweise auch schon mit Obst versorgt. In einigen Städten, beispielsweise in Köln, waren in letzter Zeit die Gemüsezufuhren so umfangreich, daß nur ein kleiner Teil verkauft werden konnte. Die überschüssigen Mengen wurden der Kriegswohlfahrtspflege zugeführt oder für die Winterkonservierung verwendet. Das traf insbesondere für die Spargel- und Spinatlieferung städtischer Märkte zu. In Berlin war zeitweise die Anfuhr von Spargel so drängend, daß das Angebot die Nachfrage erheblich übertraf, was ein nennenswertes Unterschreiten der Höchstpreise zur Folge hatte. Gewissen Gemüsekulturen fehlt es noch an Regen. Der Stand der Kartoffeln und Rüben scheint im allgemeinen den Erwartungen zu entsprechen. Die Meldungen aus Schlesien belagen, daß dort die Hackfrüchte besser gedeihen als im Vorjahre.

Vielleicht ruft man nach Wiedereinführung des freien Handels. Das Schema soll fallen und das bisherige System nur in engen Grenzen bestehen bleiben. Ob dieser Wunsch verwirklicht werden wird, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Es ist anzunehmen, daß im Erntejahre 1918/19 die Zwangswirtschaft noch bleiben wird. Andererseits muß man mit einer langsamen Umkehr zur alten Wirtschaftsordnung rechnen und darf wohl hoffen, daß die Übergangswirtschaft auf dem Lande nicht so hart getroffen sein wird, wie die Kriegswirtschaft.

Aus Nah und Fern.

Horborn, den 6. Juni 1918.

• Schwindel bei dem Kauf nach Probe oder Muster wird in letzter Zeit vielfach beobachtet. Selbstverständlich soll bei einem Kauf nach Probe oder Muster die Lieferung der bemusterten Qualität entsprechen. Viele Kriegsgeschäftsmacher erbielten sich aber gegenwärtig zur Lieferung nach Probe und senden auch tadellose Proben ein. Die Bestellung wird nur gegen Voreinsendung des Kaufpreises ausgeführt. Nach Empfang der Ware muß aber der Besteller feststellen, daß ihm etwas ganz anderes geliefert ist, als er bestellt hat. Seinen Beantstandungen sucht der Lieferant mit dem Hinweis auf seine mitgeteilten „Geschäftsbedingungen“, wonach für mustergetreuen Ausfall der Sendung keine Gewähr übernommen wird, zu begegnen. Es ist selbstverständlich, daß der Lieferant mit solcher Ausrede nicht durchdringt, wenn die gelieferte Ware wesentliche Abweichungen von der Probe aufweist, wenn z. B. statt Stärke Krebse, statt eines hellen Terpentinöls ein schwarzes Leinwandöl, statt Schmierseife ein minderwertiges Waschmittel geliefert wird. Und doch gelingt es immer wieder solchen unehrlichen Geschäftsleuten, durch ihr rücksichtsloses Vorgehen ihre Abnehmer, insbesondere die allein stehenden unerfahrenen Frauen unserer Krieger, zum Nachgeben zu veranlassen. Es kann daher nur dringend angeraten werden, sich in Fällen der geschilderten Art nicht einschletern zu lassen, vielmehr mit einer sach- und rechtskundigen Stelle vorher Rücksprache zu nehmen. Besteht der Verdacht, daß ein Schwindler seine Hand im Spiele hat, so wolle man sofort entsprechende Anzeige erstatten.

• Ueber die Grundsätze, nach denen bei der demnächst beginnenden Kleiderabgabe für Rüstungs- und Landarbeiter verfahren werden soll, hat der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg in Erwiderung auf die Befragungen, die im Staatshaushaltsausschuß über die betr. Verordnung erhoben worden waren, nach Benehmen mit der Reichsbefleidungsstelle in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. April eine Erklärung abgegeben, in der er zunächst feststellte, daß die Wehrbeitragspflicht keineswegs maßgebend für die Heranziehung des Einzelnen sein soll, daß vielmehr die Art der Ermittlung, wer im einzelnen als wirtschaftlich Bessergestellter zur Abgabe verpflichtet sein soll, in das freie Ermessen der Kommunalverbände gestellt wird. Von dem Vertreter der Staatsregierung wurde weiter darauf hingewiesen, daß, wenn eine Ablieferung bereits stattgefunden hat, ein entsprechender Einwand

von dem Betroffenen vorkommendenfalls mit Erfolg dem Kommunalverband gegenüber geltend gemacht werden kann. Im übrigen handelt es sich zunächst nur um eine freiwillige Abgabe überflüssiger Kleidungsstücke, die dem Abgeber neben der inzwischen verbesserten Bezahlung auch noch dadurch erleichtert wird, daß er eine schriftliche amtliche Zusage erhält, daß, falls später der Abgabezwang umgänglich werden sollte, die jetzt abgegebenen Kleidungsstücke dem Geber angerechnet werden. Erst nach vorläufiger Aufforderung soll nach Prüfung die Pflicht zur Abgabe auferlegt werden können. Dieser an die Wohlhabenden im Interesse unseres wirtschaftlichen Durchhaltens gerichtete Appell werde, so schloß Dr. Friedberg, sicherlich nicht vergeblich sein.

* (Anarchie auf dem Obstmarkt.) Die augenblicklichen Zustände auf dem Obstmarkt, sowohl im rhein-herfischen Kirchengbiet als auch in den Erdbereenorten des Taunus, spotten aller Beschreibung. Niemand kehrt sich an die behördlichen Vorschriften, geschweige denn an die Höchstpreise. Die Kirchengüter von Ingelheim, Budenheim und Heidesheim geben ihre Kirchengüter dem, der die höchsten Preise bezahlt. In großen Scharen durchziehen Händler und Private die Dörfer und raffen alle erreichbaren Obstmengen zusammen. Nach dem Preise fragt niemand. Doch unter 1,50 M. ist nirgends ein Pfund Kirchengüter zu haben. Die von den Landesobststellen bestellten Aufkäufer, die zum festen Satz von 50 Pf. das Pfund Kirchengüter einkaufen müssen, werden von den Kirchengütern ausgelacht und kehren abends mit leeren Körben und noch immer gefüllten Geldbörsen wieder heim. Ähnlich wie in Rheinhessen liegen im Taunus die Verhältnisse bei der Erdbereenernte. Seit Monaten ist ein erheblicher Teil der Ernte bereits durch feste Abschlässe der Allgemeinheit entzogen. Was jetzt noch da ist, geht zu phantastischen Preisen fort, aber nicht unter 3,50 M. das Pfund, das ist das fünffache des amtlichen Erzeugerpreises. Und keine Behörde hat hier bisher eingegriffen gewagt. Wie außerordentlich schlimm die Lage auf dem Erdbereenmarkt ist, beweist eine öffentliche Bekanntmachung des Bürgermeisters von Cronberg. Hier in Cronberg, dem ersten Erdbereenort Süddeutschlands, ist es einem Bürger, der nicht selbst Erzeuger ist, absolut unmöglich, auch nur eine Beere zu erhalten, es sei denn, daß er sie mit „Gold“ aufwiegen läßt. Der Bürgermeister bittet nun in der Bekanntmachung diese Verbraucher, ihren Bedarf beim Magistrat anzumelden. Der Magistrat will sich darauf hin bemühen, für die Vermittlung eines zur Abgabe bereiten Erzeugers zu sorgen. Diese Veröffentlichung spricht Bände. Nach allen vorliegenden Anzeichen sind die Behörden in diesem vierten Kriegsjahre machtlos gegen die Obstverwahrer. Der Obstgenuss inmitten des deutschen Ostparadieses ist für die breitesten Volksmassen eine Unmöglichkeit geworden. — Wo ist die starke Hand, die dieser Anarchie ein Ende bereitet?

Dillenburg. Die Ludendorff-Spende in hiesiger Stadt hat bis jetzt rund 60 000 Mark ergeben, darunter die Sammlung auf den Straßen mit 792,39 Mark.

Biedenkopf. Der Vandrät des Kreises Biedenkopf, Dr. Daniels, ist als Geh. Oberregierungsrat und vortragender Rat in das Reichsjustizamt berufen worden.

Höchst a. M., 5. Juni. Ein Soldat, der heute im einem hiesigen Hotel übernachtete, ist am frühen Morgen unter Mitnahme der Bettwäsche usw. verschwunden. Wahrscheinlich ist es derselbe Spitzhube, der auch schon in Mainz, Wiesbaden, Wiesbrich und anderen Nachbarstädten gleiche Gastrollen gegeben hat.

Friedberg. Aus dem hiesigen Offiziersgefangenenlager entwichen am Dienstag zwei russische Offiziere.

Frankfurt a. M., 5. Juni. Auf dem heute am Ostbahnhof abgehaltenen Arbeitspferdemarkt wurden Preise bezahlt, wie sie bisher noch nicht angelegt wurden. Ein Paar ausgezeichnete Pferde ging für 18 000 Mark in die Hände eines Landwirts über. Von einer Preislenkung, die man allgemein erwartet hatte, war nichts zu merken, zumal auch die Nachfrage nach Pferden jeder Art und Güte überaus reg war. Insgesamt war der Markt mit 300 Tieren besetzt, die glatten Absatz fanden. In der Hauptsache waren Landwirte die Käufer. Der Markt bot während seines ganzen Verlaufes ein Bild lebhaftesten Verkehrs.

Die städtischen Körperchaften wählten Stadtrat Hiller und den Stadtverordneten Dr. Kumpf zu Mitgliedern des hessischen Kommunallandtages. Wiesbaden. Einer fremden Dame, die in einem hiesigen Hotel als Kurgast wohnte, war ein Strafbefehl über 3 Mark zugeworfen, weil sie ihren Salon abends nicht vorschriftsmäßig abgeblendet hatte. Sie rief richterliche Entscheidung an, da sie den Gasthausbefehl zur Abblendung für verpflichtet hielt. Das Schöffengericht bestätigte jedoch die Strafbefehl, indem es in der Urteilsbegründung ausführte, daß nicht der Besitzer zur Abblendung, sondern der Benutzer der in Frage kommenden Räume verpflichtet sei.

Die Ludendorff-Spende teilt mit, daß den Spendern größerer Gaben Erinnerungsblätter auf Verlangen übergeben werden. Es sind dies künstlerische Nachbildungen des Vogelschen Bildes „Ludendorff und Ludendorff am Generalstabstisch“, die für Spenden von über 10 Mark in Ziehung, für Spenden über 20 Mark in farbiger Ausführung den Spendern zur Verfügung stehen.

Ein Fehlschuß. Im Kasinobereich des Königs von Bayern in Salzburg bei Berchtesgaden stieß der Bezirksoberschulrath Dr. auf zwei Bilderer, in deren Nähe sich der Bürgermeister Kurz von Salzburg befand. Dr. trat den Bilderern zuvor und schloß. Er traf den Bürgermeister in den Hinterkopf. Der Schwerverwundete, der Vater von sieben Kindern ist, wird kaum mit dem Leben davonkommen. Der Oberlehrer hat sich unter der Erklärung, in Notwehr gehandelt zu haben, der Landgendarmarie gestellt.

● Schwere Explosion in einer Rüstungsfabrik bei Paris. Über die schwere Explosion, die in der Rüstungsfabrik von Deaulens bei Paris erfolgte, gibt Havas keine genauen Einzelheiten. Es wird nur erklärt, daß der Schaden gewaltig und die Zahl der Toten und Verwundeten sehr groß ist. Es war bis jetzt noch nicht möglich, die Zahl der Opfer abzuschätzen. Es wird angegeben, daß die Menge der explodierten Munition sehr bedeutend ist. Wegen der Explosionsgefahr war es sehr schwer, den Verunglückten zu Hilfe zu eilen. Der Grund der Explosion wird nicht bekanntgegeben. Gleichzeitig meldet Havas einen Riesenbrand im Walde von Fontainebleau, wo für die Armee bestimmtes Holz auf unbekannter Weise in Brand geriet. Über 800 Hektar stehen in Flammen.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier. (Wolff-Büro. Amtl.)

6. Juni 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Artillerie-Tätigkeit wechselnder Stärke. Mehrfache leichte Erkundungs-Gesuche brachten Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Schlachtfront ist die Lage unverändert. Vertikale Kampfhandlungen westlich von Pantaise, nördlich der Aisne und am Savieres-Grunde brachten uns in den Besitz feindlicher Erdwerke und Gräben. Der Artillerie-Kampf war vielfach lebhaft. Chateau-Thierry lag unter anhaltendem Zerstörungseifer der Franzosen.

Die Beute der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit 27. Mai beträgt nach bisherigen Feststellungen mehr als 55 000 Gefangene, darunter über 1500 Offiziere, mehr als 650 Geschütze und weit über 2000 Maschinengewehre.

In den beiden letzten Tagen wurden 46 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballons zum Absturz gebracht. Jagdgeschwader Richthofen schloß gestern 15 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold und Leutnant Mendhoff errangen ihren 31., Leutnant Doewenhardt seinen 27., Leutnant Udet seinen 26., Leutnant Kirstein seinen 21. und 22. Lustflieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Das Abflauen der Kampftätigkeit. — Die Ergebnisse der Offensive.

Haag, 6. Juni. (M.) Aus London wird gemeldet: Nach den Berichten der letzten 24 Stunden sind die Kämpfe stark abgeflaut. Die Franzosen haben sich, um der drohenden Einkesselung zu entgehen, im Südwesten von Soissons zurückgezogen, jedoch so, daß die Gesamtlage hierdurch keine Veränderung erfährt. Die jetzigen Kämpfe tragen nur örtlichen Charakter. Man verheißt sich den Ernst der Lage nicht. Der Manuskript-, Material- und Geländeverlust wird von den Blättern lebhaft beklagt. „Daily News“ schreibt, daß Frankreich eine seiner fruchtbarsten Provinzen, das beste Getreideland und zum Teil das beste Weinland verloren habe. Die gegnerischen Anstrengungen würden auch indirekt dem U-Bootkrieg zu gute kommen. Die Transportschwierigkeiten der Entente seien erheblich vermehrt worden. Die gewaltigen Mengen Kriegsmaterial aller Art und Lebensmittel, sowie die natürliche Produktion des verloren gegangenen Bodens müßten doch ersetzt werden. — Die „Morningpost“ sagt, die erste Offensive bei St. Quentin habe das Versagen eines englischen Armeekorps festgestellt, diesmal scheinen auf französischer Seite mehrere Mängel bestanden zu haben, sodaß die Franzosen den Engländern nichts vorzuwerfen hätten.

Andauernde Erregung in der französischen Hauptstadt.

Berlin, 6. Juni. (M.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: Informationen von unrichtiger Seite lassen keinen Zweifel, daß die Erregung in der französischen Hauptstadt andauert. Auch nach der mit größter Spannung erwarteten Kammerung ist eine Beruhigung nicht zu erwarten, da die Kammer von der Besprechung der eingebrachten Interpellationen abfiel. Wie verlautet, soll dieser Entschluß vor allem auf den außerordentlichen Ernst der Erklärungen zurückzuführen sein, die Clemenceau am Tage vorher in der Armeekommission abgegeben hat. Diese Erklärungen stellten die Lage als sehr kritisch dar, sodaß eine ähnliche Aussprache gegenwärtig nutzlos und die unbedingte Unterstützung der Regierung als nicht zu umgehende Pflicht erschien. Insbesondere sollen Clemenceaus Aussprüche über die französischen Verluste in der Kommission allgemeine Bestürzung hervorgerufen haben. Die Annahme des Vertrauensvotums war unter diesen Umständen selbstverständlich. Sie bedeutet jedoch keine Klärung der Lage und noch weniger eine Stärkung der Autorität der Regierung, die Erklärungen des Deputierten Sachin lassen vielmehr erkennen, daß die Sozialisten entschlossen sind, den Kampf gegen Clemenceau fortzusetzen.

Eine Petmann-Regierung im Dongebiet.

Haag, 6. Juni. (M.) Die „Daily News“ meldet aus Moskau: Im Dongebiet ist eine neue Regierung eingesetzt worden, und zwar von derselben Art wie

die Skoropadski in der Ukraine. Diese Regierung erklärt, daß sie die Bevölkerung des Don-, Kuban-, Terek-, Astrachan- und des Nordkaukasus-Gebietes betreue. Das Haupt der Regierung ist General Kravtsov, der Akerenski Truppen bis zu dessen Verschwinden aus Gatschina, nämlich nach Ausbruch der Oktoberrevolution kommandiert hat.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck

Anzeigen.

Regelung der Fleischversorgung.

Das für diese Woche zugewiesene Fleisch wird am Samstag, den 8. Juni ds. Js., nachmitt. von 1 bis 5 Uhr durch die hiesigen Metzger verkauft.

Verkauf von Fleisch außer der oben angegebenen Zeit ist den Metzgern verboten.

Der Verkauf findet nur gegen Vorlage der Fleischkarte statt, von welcher von den Metzgern die Marken abzutrennen sind.

Ueber alles Fleisch und Fleischwaren, welche bis 5 Uhr nicht abgeholt sind, wird anderweitig verfügt.

Die Höchstpreise sind:

Rindfleisch das Pfund 1,70 M.

Schweinefleisch das Pfund 1,50 M.

Kalb- und Lammfleisch das Pfund 2,40 M.

Herborn, den 6. Juni 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Die städtische Klubbade-Anstalt ist heute für den Sommer 1918 eröffnet worden und werden die Bewohner der Stadt zu reger Benutzung derselben hiermit freundlichst eingeladen.

An Gebühren kommen zur Erhebung:

1. Familien-Dauerkarten:

Verbleibende Zelle M. 10,—

2. Einzel-Dauerkarten:

1. Für Erwachsene

bei Inanspruchnahme

a) einer verbleibenden Zelle 5,—

b) einer offenen Zelle 8,—

c) einer offenen Zelle nach 7 Uhr abends 1,—

2. Für Schüler

bei Inanspruchnahme

a) einer verbleibenden Zelle 2,50

b) einer offenen Zelle 1,25

3. Einzel-Bäder:

1. Für Erwachsene

bei Inanspruchnahme

a) einer verbleibenden Zelle —,30

b) einer offenen Zelle —,20

c) einer offenen Zelle nach 7 Uhr abends —,10

2. Für Schüler

bei Inanspruchnahme

a) einer verbleibenden Zelle —,20

b) einer offenen Zelle —,10

Die Badezeit ist festgesetzt:

1. Für Damen von 1—4 Uhr nachmittags; an Dienstag und Freitag Nachmittags ist die Badezeit bis 5 Uhr verlängert.

2. Für Herrn von 4 Uhr nachmittags ab; an Dienstag und Freitag Nachmittags ab 5 Uhr.

In dieser Zeit ist für ständige Aufsicht Sorge getragen. Dauerarten werden vom Badewärter aufgegeben.

Herborn, den 7. Juni 1918.

Die Bade-Kommission: Rüdert.

Am Freitag, den 7. Juni bringe ich einen Wagon

Ferkel u. Läufer Schweine

(echte Hannoveraner)

in Sinn zum Verkauf.

Albert Schwarz, Schweinehandlung,

Weilburg. Telefon 141.

Zum 1. Juli ein

Mädchen

gesucht von

Frau Oberarzt Dr. Altvater

Herborn. — Anstalt.

Meldungen bei

Frau Sanitätsrat Snel,

Herborn. — Anstalt.

Jüngeres

Dienstmädchen

für leichte Haus- und Garten-

arbeit zum 15. Juni gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle

ds. Bl.

Suche für sofort einen tüch-

tigen Mann als

Heizer

Sägewerk Valentin,

Bicken.

Sühner

zu verkaufen.

Wilh. Peter, Burg.

1 Wagen

steht zum Verkauf bei

J. C. Theis, Gladenbach.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tages-

preisen. Anfälle werden schnell

erlebt. Zahl hohe Proz. f.

Bermittlung.

J. Schwarz, Siegen.

Reystraße 3. Telefon 361.

Auf dem Wege von Her-

born nach Herborn

verloren. Der Finder wird

gebeten, denselben im Vereins-

lazarett gegen Belohnung

abzugeben.

Ausländische Nachrichten.

Herborn:

Donnerstag, den 6. Juni,

abends 9 Uhr:

Kriegsbefehle i. d. Kirche.

Bied 265. (Es wird mit beiden

Blöden kurz gedeutet.)